

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Rat der Stadt Bielefeld	26.11.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Produktgruppen

11.01.30 "Bürgerservice"

11.02.10 "Einwohnerangelegenheiten"

11.02.12 "Ausländerangelegenheiten"

11.05.04 "Sozialversicherungsangelegenheiten"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW eine Nachbewilligung im Teilergebnisplan der Produktgruppen

11.01.30 „Bürgerservice“

11.02.10 „Einwohnerangelegenheiten“

11.02.12 „Ausländerangelegenheiten“

11.05.04 „Sozialversicherungsangelegenheiten“

zu beschließen:

Auf dem Sachkonto 54220061 „Mieten und Pachten IBB“ werden bei den Produktgruppen

11.01.30 „Bürgerservice“ 4.260 €

11.02.10 „Einwohnerangelegenheiten“ 13.210 €

11.02.12 „Ausländerangelegenheiten“ 5.050 €

11.05.04 „Sozialversicherungsangelegenheiten“ 1.780 €

überplanmäßig bereitgestellt.

Darüber hinaus werden bei der Produktgruppe

11.02.10 „Einwohnerangelegenheiten“ 75.940 €

für die Anschaffung von Personaldokumenten auf dem Sachkonto 52810000 „Aufwendungen für sonstige Sachleistungen“ überplanmäßig bereitgestellt,

so dass insgesamt Finanzmittel i. H. v. 100.240 € nachbewilligt werden.

Die o. g. Mehraufwendungen werden vollständig durch Mehrerträge bei der Produktgruppe 11.01.24 „BürgerServiceCenter“ auf dem Sachkonto 44820000 „Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen von Gemeinden und GV“ i. H. v. 2.440 € sowie durch Mehrerträge bei der Produktgruppe 11.02.11 „Personenstands-wesen“ auf dem Sachkonto 43110000 „Verwaltungsgebühren“ i. H. v. 97.800 € gedeckt.

Begründung:

Die Aufwendungen gegenüber der Bundesdruckerei für Pass- und Personalausweisdokumente

sind höher als zunächst geplant, wobei diese Aufwendungen ausschließlich von der Bürgernachfrage abhängen und daher nicht steuerbar sind.
Für IBB-Mieten entstehen Mehraufwendungen, weil sowohl für die Bürgerberatung als auch für die Ausländerabteilung neue Drucker und Scanner zur Bearbeitung von Passanträgen angeschafft werden mussten. Die bisher eingesetzten Kombinations-Geräte wurden von der Bundesdruckerei nicht mehr zugelassen.

Die zur Deckung herangezogenen Mehrerträge ergeben sich im Bereich BürgerServiceCenter durch einen Kooperationsvertrag mit der Stadt Bad Salzuflen und im Bereich Personenstandswesen durch Gebührenerhöhungen nach dem Personenstandsgesetz.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

